



Erhitzte Gemüter: Die Windkraft sorgt für Spannungen zwischen der Gemeinde Borchens und der Kreisverwaltung.

FOTO: WILFRIED HIEGEMANN

Politiker werfen dem Kreis Kungelei um ein Windrad vor

Streit: In einer Sondersitzung des Rates äußern Borchens Bürgermeister und Fraktionen ihr Unverständnis über die fehlende Unterstützung der Kreisverwaltung. Ein Angebot des Landrats lehnt der Rathauschef ab

Von Jens Reddeker

■ **Borchens.** Am Schluss der einstündigen Sondersitzung gibt es von den Zuschauern sogar Applaus. Die knapp 20 Besucher danken dem Rat der Gemeinde Borchens dafür, dass die Lokalpolitiker deutlich Stellung beziehen für die eigene Windkraftplanung – und gegen Vorschläge der Kreisverwaltung.

Im Streit mit dem Kreis Paderborn um die Genehmigung eines Windrades außerhalb einer Windvorrangzone bleiben Rat und Bürgermeister Allerdisen (SPD) unnachgiebig. Borchens hält am frisch in Kraft getretenen Flächennutzungsplan für Windkraft fest und bekräftigt die Ablehnung eines Kompromissvorschlags des Kreises. Der hätte in einem Klageverfahren des Unternehmens Westfalenwind wegen vier Windrädern eine Anlage unter Auflagen ermöglicht.

Nach wie vor höchst verärgert bis entsetzt über den Kreis zeigt sich Allerdisen auch in der Sitzung. Er verliest eine fünfseitige Erklärung, die Zeitabläufe und Erklärungen aus Sicht der Borchener Gemeindeverwaltung liefert.

In einem Schreiben aus dem Kreishaus war der Gemeinde am 17. Juni die Zustimmung zum Windrad eindringlich empfohlen worden, um das Klageverfahren mit einem Vergleich abzuschließen. Zu einem Zeitpunkt, als der neue Flächennutzungsplan kurz vorm Inkrafttreten stand. Da der Kreis auch Konsequenzen für den Fall einer Borchener Ablehnung und sogar das Übergehen der Gemeinde in der Sache angekündigt hatte, spricht Jürgen Schmidt, stellvertretender Fraktionschef der SPD und Kreisratsmitglied, von einer „Drohung“ des Kreises und



Bürgermeister: Reiner Allerdisen (SPD). FOTOS: M. GRONIEWIG

nennt dessen Vorgehen „unverschämte“. Schmidt fragt, warum der Kreis nicht die Interessen der Gemeinde stärke, sondern die auch von ihm genehmigte Flächennutzungsplanung in Frage stelle.

Da der Vergleichsvorschlag durch den nun in Kraft getre-

tenen Flächennutzungsplan nicht mehr auf dem Tisch liegt, steht die Fortsetzung des Verfahrens um die vier Windräder vor dem Verwaltungsgericht Minden an. Und dort wähnt Bürgermeister Allerdisen seine Kommune aufgrund des Vorgehens des Kreises deutlich im Hintertreffen: „Wir werden nicht den Hauch einer Chance haben und können nur auf die nächste Instanz hoffen.“ Jürgen Schmidt schlägt in die gleiche Kerbe: „Kreis und Kommunen müssten zusammen daran arbeiten, dass Planungen Bestand haben. Wenn das Gericht erlegt, dass wir im Kreis nicht an einem Strang ziehen, ist das sehr schlecht.“ Auch aus der CDU kommt deutliche Kritik an der Kreisverwaltung mit CDU-Mann Landrat Manfred



Landrat: Manfred Müller (CDU). FOTO: MAREIKE GRONIEWIG

Müller an der Spitze. Dörenhagens Ortsvorsteher Heinz Rebbe spricht davon, dass der Vergleichsvorschlag den Eindruck erwecke, zwischen Investor Westfalenwind und dem Kreis habe es einen „Kuhhandel“ gegeben.

Die Sichtweise des Kreises

hätte Landrat Müller kurzfristig auch dem Borchener Rat gerne mitteilen lassen. Nach Angaben von Bürgermeister Allerdisen habe ihn der Landrat am Vorabend der Ratssitzung um 18.45 Uhr angerufen, um anzubieten, einen Mitarbeiter in die Sitzung zu entsenden. Dieser hätte das Vorgehen der Kreisverwaltung erläutern können. Allerdisen lehnte noch am Telefon ab und erklärte das im Rat so: „Aus meiner Erfahrung kommt es dann zu streitigen Diskussionen, die in der Sitzung nicht geklärt werden können. Das würde das Bild der Geschlossenheit des Rates zerstören. Diese Geschlossenheit ist aber wichtig, um zu retten, was noch zu retten ist.“ Hartmut Oster (Grüne) findet die Ablehnung des Gesprächsangebotes „schade“, er hätte gerne die Argumente des Kreises vernommen.

Einen Beschluss fasste der Gemeinderat am Abend nicht. Dafür zog der Bürgermeister zum Schluss seiner Ausführungen eine unwidersprochene Bilanz, die seine Enttäuschung zum Ausdruck bringt. Das Verhältnis der Gemeinde zum Kreis habe „großen Schaden genommen“, sagt Allerdisen. „Es muss hier der Eindruck entstehen, dass der Kreis gegen die Interessen der Menschen in Borchens, aber im wirtschaftlichen Interesse der Firma Westfalenwind gehandelt hat.“

Verknäufeln konnte sich Allerdisen auch ein Detail aus dem Telefongespräch mit dem Landrat nicht. Manfred Müller lege Wert auf die Feststellung, so der Bürgermeister, dass das Schreiben des Kreises über das Vergleichsangebot und eine spätere Presseerklärung „nicht von ihm gekommen seien, sondern von Mitarbeitern aus den Fachabteilungen“.

Landrat reagiert mit Attacke auf den Bürgermeister

■ Die Reaktion kommt mit Wucht: Per Presseerklärung hat der Kreis am Freitag um 14.08 Uhr auf die Vorwürfe aus der Borchener Ratssitzung reagiert, über die die *Neue Westfälische* Donnerstagabend exklusiv im Onlinedienst *nw.de* berichtet hatte. Kreis und Gemeinde liegen im Clinch, weil die Kreisverwaltung den Borchenern im Juni zu einem Vergleichsvorschlag über die Genehmigung eines Windrades in Etteln geraten hatte. Die Gemeinde fühlt sich vom Kreis unnötig unter Druck gesetzt.

In einer umfassenden Erklärung mahnt Landrat Manfred Müller (CDU) nun vor allem Bürgermeister Reiner Allerdisen (SPD) an, „juristische Fragen nüchtern und sachlich und nicht emotional zu behandeln“. Müller sei „ent-

setzt über die Diktion von Bürgermeister Reiner Allerdisen“, heißt es in der Mitteilung.

Der Landrat reagiert auch darauf, dass Allerdisen den Vortrag eines Kreis-Mitarbeiters in der Ratssitzung abgelehnt hatte. Stattdessen lädt Müller nun die Fraktionsvorsitzenden des Borchener Rates „zeitnah“ ins Kreishaus ein. Allerdings ist nicht eingeladen. In der Erklärung äußert Müller, dass es nichts bringe, wenn ein Bürgermeister unsachlich Stimmung mache und „auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter losgeht, (...) Das genau verbitte ich mir auf das Entschiedenste“.

Der Kreis wirft Allerdisen auch fachliches Versagen vor. Der Rathauschef nehme eine rechtliche Überprüfung des neuen

Wind-Flächennutzungsplans bewusst in Kauf und gehe zu Lasten der Gemeinde ein hohes Risiko. Davor habe ihn der Kreis durch Beratung bewahren wollen. Bereits in den vergangenen Jahren habe der Kreis die Gemeinde „wiederholt gewarnt und ihr geraten, den alten Flächennutzungsplan rechtzeitig überarbeiten zu lassen“. Wörtlich heißt es dann: „Doch auch hier verschloss sich der Bürgermeister den Fakten, schlug alle Warnungen und Vorschläge (...) in den Wind (...)“ 2016 sah das Verwaltungsgericht Minden den Borchener Flächennutzungsplan schließlich als unwirksam an. Der Kreis wirft Allerdisen vor, seine gesetzliche Aufgabe – das Überplanen des alten Flächennutzungsplanes – nicht erfüllt zu haben. (red)